Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnement für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14 191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel Gesellschaft m. b. H., Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Sonnabend, den 18. September 1926 — Nummer 207

Hände weg von China
Hände weg von Sowjetrußland

An die Arbeiter aller Länder!

Die Ausweitung des Kampfes des chinesischen Volkes gegen die imperialistischen Unterdrücker und deren chinesische Helfershelfer mit Riesenschritten vorwärts. Der Vormarsch der Kanton-Regierung, die die demokratisch-imperialistischen Interessen der Bauern, der Arbeiter, Intellektuellen und Kaufleute der Südprovinzen vertritt, [illegible] Militaristen und ihren Hintermännern, den imperialistischen Mächten, einen schweren Schlag versetzt. Die Feinde des chinesischen Volkes verstehen die ganze Tragweite der drohenden Niederlagen, sie bereiten darum eine großangelegte Intervention vor.

Die Gefahr einer neuen bewaffneten Intervention der imperialistischen Großmächte in China ist riesengroß geworden.

Die englische Presse führt bereits eine großangelegte Hetze für eine solche Intervention. In Tokio finden Verhandlungen zwischen den englischen und den japanischen Regierungsvertretern über die Vereinheitlichung der Interventionen statt. Die anderen Großmächte werden sich rechtzeitig an der Beute zu sichern versuchen. Die englischen Truppen am Jangtsekiang und in Kanton sind [illegible] getreten. Weitere militärische Verstärkungen sind [illegible]. Die volle Entfaltung der Intervention ist vielleicht [illegible] Frage von Tagen. Der Militärmachthaber in [illegible], Tschangtsolin, dessen militärische Kraft nicht geschwächt ist, hat unter Verletzung aller Verträge [illegible] feindlichen Akt gegen die Sowjetunion [illegible], indem er sich eines Teiles des Eigentums der Ost-Eisenbahn bemächtigt hat, die auf Grund der Verträge, worin die Sowjetunion auf alle Sonderprivilegien [illegible] Gemeinbesitz der Sowjetunion und der ostchinesischen [illegible] gehört. Dieses Vorgehen ist eine direkte Provokation, deren Zweck nur die Hineinziehung der Sowjetunion [illegible] Verwicklungen sein kann. Auch hinter dieser Aktion Tschangtsolins steht zweifelsohne der englische Imperialismus. Der offenbar unter Führung Englands ausgearbeitete, großzügige Interventionsplan richtet sich also nicht nur gegen das chinesische Volk, sondern auch gegen die Sowjetunion. Die Intrigen Englands im fernen Osten reihen sich an seine Maßnahmen zur Einkreisung Sowjetrußlands vom Westen und vom Süden an.

Die Kommunistische Internationale lenkt die Aufmerksamkeit der revolutionären Arbeiter und Bauern aller Länder auf die große Gefahr, die die Sache der Befreiung der Welt vom Joch des Kapitalismus durch die neuen Machenschaften der Großmächte bedroht.

Eine bewaffnete Intervention gegen das chinesische Volk und ein neuer Krieg gegen die Sowjetunion würden der ganzen Welt unermeßliches Unheil bringen.

Die Arbeiter- und Bauernmassen der kapitalistischen Länder haben schon mehr als einmal gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, die imperialistischen Großmächte erneut gegen das chinesische Volk, das um seine Befreiung kämpft, oder gar gegen die Union der ersten Arbeiter- und Bauernrepubliken ins Feld ziehen zu lassen. Die Kommunistische Internationale ruft die Arbeiter und Bauern und alle mit dem Freiheitskampfe des chinesischen Volkes sowie dem sozialistischen Aufbau der Sowjetunion mitfühlenden Kreise aller Schichten der Bevölkerung der kapitalistischen Länder auf, **den imperialistischen Räubern in den Arm zu fallen, die neue Intervention mit allen Mitteln zu verhindern.**

Es lebe der Freiheitskampf des chinesischen Volkes!

Es lebe der freie und friedliche sozialistische Aufbau im Reiche der Arbeiter- und Bauernräte!

Hände weg von China! Hände weg von der Sowjetunion!

Moskau, den 15. September 1926.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale

Appell an die öffentliche Meinung Europas

Die [illegible]berühmte Demokratie des Nachfolgers Zankoffs, Liapptscheff, zeigt schon ihr wahres Gesicht. Die gehorsame Presse [illegible] und zur Totschweigen-Taktik fühlte bulgarische [illegible] immerhin die Möglichkeit zum Durchsickern neuer Tatsachen des politischen und Kulturterrors.

Hier und da werden immer wieder Judenverfolgungen gemeldet. So in Sofia wurden friedliche Juden, bulgarische Staatsbürger, gemartert; ein Jude ist vor der russischen Kirche in Demonstration eines Vertreters der Polizei gemißhandelt worden. In Haskowo wurde dem Rabbiner zum Hohn der Bart abgeschnitten. In Lom — gemarterte Juden —; in Ladjene [illegible] Mitglied des Konsistorialrates, gemartert.

Es ereignen sich neue Einzel- und Massenmorde: in Sliwen, Zarewo, Biala-Woda, Lasura, Kurudjiewe, Bobrowik, Lechtschewe, Brezonik, Radomir wird [illegible] eingeschüchtert, Blut vergossen.

In Nova Jelesna begeht die Polizei Zubrandschatzungen und Zerstörungen, wobei an dem Gemeindevorsteher, einem 70jährigen Greis, grausame Mißhandlungen verübt wurden.

In Nova Borina wurde W. D. Popoff als „Räuber" erschossen, ohne daß dafür Grund vorlag; der „schreckliche Räuber" hat sich überhaupt nicht verteidigt.

Bereits August ist in Sofia der Arbeiter Christoff in seiner Werkstatt überfallen und durch Schlagringhiebe ermordet worden. Die Mörder sind, wie man sich denken kann, nicht ermittelt.

An den Ministerpräsidenten Liaptscheff und an die Bulgarische Liga für Menschenrechte ist am 11. August folgendes Telegramm eingegangen:

„Vor 20 Tagen haben Militärpolizisten und Agenten über die Dörfer Jelesna und Borina Belagerungszustand verhängt und 20 Mann verhaftet. Wir suchten in allen Gefängnissen nach ihnen. Heute haben wir ihre Leichen im Walde an der Landstraße, in zwei Gruben halb verscharrt, aufgefunden. Gibt es Gesetze, gibt es Ordnung und Gerechtigkeit, und in was für einem Lande leben wir? — Von den Witwen, Vätern und Eltern der Ermordeten."

Die schwierigste Aufgabe bleibt aber auch für die Liaptscheff-Regierung die Erstickung der Jugend.

Am 3. September sind mehr als 400 Jugendliche darum verhaftet worden, wie das offizielle Regierungsorgan „Präporets" mitteilt, weil sie Vorbereitungen für den 12. Internationalen Jugendtag trafen, weil sie Aufrufe veröffentlichten und Kampf gegen den Nationalismus geführt haben. Die krassesten Vertreter der „nationalen Idee" im heutigen Bulgarien, die faschistischen Offiziere, haben auf ihrem letzten Kongreß die Regierung aufgefordert, die Jugend im nationalen Haß, Chauvinismus, Militarismus und religiösem Obskurantismus zu erziehen. Die Jugend-Organisationen verbieten der bulgarischen Jugend, öffentliches Bekenntnis ihrer Ideenwelt zu geben, verbieten ihr, Ideale zu haben. Jeder, der es wagt, die reaktionäre Politik der heutigen Regierung nicht zu billigen, wird als Kommunist, als Einheitsfrontler, als Verräter hingestellt, und das genügt, ihn außer Gefecht zu stellen.

Zusammen mit den Jugendlichen verhaftete man auch den 55jährigen bekannten Schriftsteller A. Straschimiroff, der sein ganzes Leben für den Aufbau der bulgarischen Nationalkultur gearbeitet hat. A. Straschimiroff ist kein Anhänger von Ljaptscheff und Zankoff. Er hat ihnen ins Gesicht geworfen, daß sie „ihr eigenes Volk so hingeschlachtet haben, wie es die Türken nicht getan haben", daß sie das Land in eine mittelalterliche Dunkelheit stoßen. Die bulgarische Regierung verfügt über keine anderen Mittel, um mit Straschimiroff fertig zu werden, als ihn mit seinem schon kranken Organismus ins Gefängnis zu werfen.

Hunderte neuer Jugendlichen und Nichtjugendlichen müssen den Weg durch die berüchtigten bulgarischen Polizeiwachen nehmen, um nachher Invaliden zu bleiben. Andere kommen vor Gericht und werden ihre Jugend in schwerem Kerker verbringen müssen. Wieder andere werden „beim Fluchtversuch" für immer das Land der Ljaptscheff-„Demokratie" verlassen.

Die bulgarischen Volksstudentenschaften appellieren an die forschrittliche, öffentliche Meinung Europas, eine mächtige Protestwelle zu organisieren, um die endgültige Abrechnung mit diesen schamlosen und die Kultur schändenden Vorgängen in Bulgarien zu erkämpfen.

Bund der bulgarischen Volksstudentenschaften im Ausland.

Russische Solidarität stützt die englischen Bergarbeiter

London, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Gestern führte Baldwin Unterhandlungen mit Vertretern der Grubenbesitzer und mit Vertretern der Bergarbeiter. Die Grubenbesitzer erklärten in der Unterredung, daß sie keine Vollmachten hätten, im Namen aller Grubenbesitzer Verpflichtungen zu übernehmen, nachdem sie sich für lokale Lohnabkommen ausgesprochen hätten. Aber auch mit den Delegierten der Bergarbeiter konnte Baldwin zu keinem Ziel gelangen. Der Vorschlag der sofortigen Aufnahme der Arbeit und gleichzeitiger Eröffnung von Verhandlungen für den Abschluß von lokalen Lohnabkommen findet bei den Bergarbeitern keinen Anklang. Sie legen den Vorschlag dahin aus, daß die Lage anfängt, für die Grubenbesitzer kritisch zu werden, daß es für die Bergarbeiter vorteilhafter wäre, den Streik fortzusetzen, um in einiger Zeit bessere Bedingungen erreichen zu können. Der Volkszugsausschuß teilt mit, daß er aus Rußland eine neue Unterstützung von 105 000 Pfund erhalten hat mit dem Versprechen baldigster, noch größerer Hilfeleistung.

Deutschland stimmt für Pilsudskis Ratssitz

A. R. Der neue Völkerbundsrat, der in Genf am Donnerstag gewählt wurde, hat eine recht interessante Zusammensetzung. Es sitzen nebeneinander brüderlich vereint, als Kämpfer für Weltfrieden und Zivilisation Herr Chamberlain, Herr Stresemann, der Delegierte Pilsudskis und der Delegierte Tschangtsolins! Niemals ist der Völkerbund so sehr die heilige Allianz gegen die Weltrevolution gewesen als am Tage dieser merkwürdigen Ratswahl. Die Aufnahme Polens in den Völkerbundsrat erfolgte auch mit der deutschen Stimme.

Noch vor einem Jahre wäre es eine Ungeheuerlichkeit gewesen, von Deutschland zu verlangen, daß es für Polens Aufnahme in den Völkerbundsrat stimmt. Unter allen Gegnern des Weltkrieges und des Versailler Vertrages ist keiner bisher der deutschen Bourgeoisie so verhaßt gewesen wie Polen. In der Tat ist das Deutsche Reich nirgends so schwer getroffen worden, wie bei den Gebietsverlusten, die es zugunsten Polens erlitt. Die Teilung Oberschlesiens mit der Zerreißung dieses hochbedeutsamen Industriegebietes, die Schaffung des polnischen Korridors, der Ostpreußen vom übrigen Deutschland trennte, der Aufbau des famosen Freistaates Danzig mit polnischer Hafenverwaltung, polnischen Eisenbahnen und den berühmten polnischen Briefkästen — all dies waren bittere Schläge für die deutsche herrschende Klasse. Dazu kam die Behandlung der deutschen Minderheit innerhalb Polens, die ständigen Gewalttätigkeiten gegen deutsche Schulen und einzelne Vertreter der deutschen Nationalität, ganz besonders in Ostoberschlesien, in der Domäne des Herrn Korfanty. Ferner kam dazu das Vorgehen der polnischen Behörden gegen die sogenannten deutschen Optanten, gegen Angehörige der deutschen Minderheit in Polen, die sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden, und die erbarmungslos von Haus und Hof getrieben wurden. All das soll heute vergessen sein.

Der Traum der schwarz-weiß-roten Verbände war seit 1919 die militärische Abrechnung mit Polen. Beim oberschlesischen Aufstand 1921 erlebten wir eine solche Generalprobe bei dem Aufmarsch der deutschen Freikorps und bei der vorübergehenden Neubildung eines „östlichen Kriegsschauplatzes". Heute aber stimmt Stresemann für den polnischen Ratssitz. **Die deutsche Großbourgeoisie von heute setzt sich über alle sentimentalen Rücksichten hinweg; sie lacht über die kleinbürgerlichen Racheschwüre gegen den polnischen Erbfeind.** Die deutsche Kapitalistenklasse versucht gegenwärtig mit allen Mitteln, in der Außenpolitik wieder Fuß zu fassen. Sie sucht große Verbindungen, in deren Rahmen die Neuschaffung des deutschen Imperialismus gelingen soll. Die wichtigste dieser Verbindungen ist aber die Orientierung nach England.

Im letzten März war die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund noch gescheitert, zum Teil auch weil der deutsch-polnische Gegensatz es verhinderte. Inzwischen hat Pilsudski in Polen seinen Staatsstreich durchgeführt. War die alte polnische Rechtsregierung in erster Linie ein Werkzeug Frankreichs, so ist Pilsudski der Feind Sowjetrußlands, der Schützling Englands. England fördert die Pläne Pilsudskis, durch einen Handstreich seiner Freikorps, Litauen zu überrennen, um die Lücke zwischen Polen und Lettland zu schließen und die gerade Aufmarschfront gegen Sowjetrußland zu gewinnen. England bemüht sich im Zusammenhang damit, Pilsudski den Rücken freizumachen. Das ist nur möglich durch wohlwollende Neutralität der deutschen Bourgeoisie. Um Pilsudski und Stresemann zusammenzubringen, mußte man sie beide zusammen in den Völkerbundsrat bringen. Dieses Ziel hat England jetzt erreicht.

Gemeinsame Arbeit für Deutschland und für Polen im Rahmen des Völkerbundes wird es genug geben. Wir erinnern nur an Memel. England spielt sich im Völkerbundsrat als Schützer der von Litauen bedrängten Memel-Deutschen auf. Bei solchen Vorstößen wird Chamberlain die deutsche Regierung stets an seiner Seite haben, und der Pole wird dabei sitzen und mit Schadenfreude die Verschlechterung der deutsch-litauischen Beziehungen feststellen. Danzig untersteht der Vormundschaft des Völkerbundes. Im Völkerbundsrat wird man versuchen, für Danziger Angelegenheiten eine gemeinsame Front England-Deutschland-Polen herzustellen. So schwer es auch im einzelnen Falle gehen mag. Der Völkerbund hat die Aufsicht über die Politik Polens gegen die nationalen Minderheiten. Hier hat Pilsudski Gelegenheit, durch kleine, harmlose Konzessionen der deutschen Bourgeoisie gefällig zu sein.

Aber es gibt noch weitergehende Projekte. Einer der eifrigsten und einflußreichsten und sicher der geschwätzigste Vertreter der Westorientierung in Deutschland, der Kaliindustrielle Rechberg, hat vor einigen Monaten

Achtung! Gewerkschafter! Heute nachmittag 4 Uhr auf dem Theaterplatz: **Kundgebung des ADGB**

Kein Arbeiter darf fehlen!